Oeffentliche
Sitzung der Stadtverordneten.

(Nichtamtlicher Bericht.)

In der gestern abend von 6,20 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule stattgefundenen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten waren 27 Herren des Kollegiums anwesend. Entschuldigt fehlten Frau Stadtv. Berger, die Herren Stadtv.-Vizevorsteher Günther und Stadtv. Rühling; unentschuldigt fehlte Herr Stadtv. Schulze. Am Ratstische hatten Platz genommen die Herren Erster Bürgermeister Dr. Scheider, Bürgermeister Hans und Stadtrat Dr. Schroeter. Der Zuhörerraum war gut besetzt. Die Sitzung leitete Herr Stadtv.-Vorsteher Mende. Die festgesetzte Tagesordnung wurde zum großen Teil ohne Aussprache erledigt. Nur bei Punkt „Verschiedenes" wurde es im Hause ziemlich lebhaft. Die kommunistische Fraktion hatte wieder einmal einen sogenannten Agitationsantrag eingebracht, der die Beschäftigung der städtischen Arbeiter bezw. die der vorübergehend beim Rate Beschäftigten betraf. Der kommunistische Stadtv. Herr Bleier wetterte in der bekannten heftigen Art drauf los, wobei es ihm auch gar nicht darauf ankommt, persönliche Angriffe vom Stapel zu lassen. Er mußte sich aber, wie schon des öfteren, auch gestern von den gegnerischen Rednern eines Besseren belehren lassen. Nach teilweise ziemlich erregtem Wortgefecht mußte sich die kommunistische Fraktion damit abfinden, daß ihre Anträge nicht nach Wunsch erledigt wurden, es wurde vielmehr beschlossen, daß diese zwecks Prüfung dem zuständigen Ausschusse überwiesen werden.

Rechnungslegungen.

Die ersten vier Punkte der Tagesordnung betrafen:

1. die Richtigsprechung der Rechnung über die Rittergutskasse Göhlis 1922/23;
2. Genehmigung der Bruttobilanz der Wasserwerkskasse Gröba 31. 3. 1924;
3. Genehmigung der Bruttobilanz der Gaswerkskasse Gröba 31. 3. 1924;
4. Richtigsprechung der Schlachthofkassenrechnung 1923/24.

Die Rechnungswerke, die von den zuständigen Stellen geprüft worden sind, entstammen zum Teil völlig oder wenigstens teilweise der Inflationszeit. Das Kollegium erklärte die Richtigsprechung der vorliegenden Abrechnungen und genehmigte ebenfalls einstimmig die Ueberweisung der Ueberschüsse an die Erneuerungsfonds der in Frage kommenden Betriebe.

Entwurf zur Bauordnung und Entwurf zum 2. Nachtrag zur Wohnungsordnung.

Das umfangreiche Ortsgesetz war den Mitgliedern des Kollegiums im Entwurf zugegangen. Herr Stadtv. Steinbach (Bürgerl.) berichtete über die hierzu vom Grundstücks- und Bauausschuß sowie vom Rate gepflogenen Verhandlungen und Beratungen. Der Ausschuß empfiehlt dem Kollegium, den Entwurf, sowie die bereits bestehende Wohnungsordnung in der den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Abänderung zu genehmigen. Nachdem auch der Rat seine Zustimmung erteilt hat, erklärte sich das Kollegium mit den im Entwurfe festgelegten Bestimmungen einstimmig einverstanden. Eine Aussprache hierüber erfolgte ebenfalls nicht.

Ausscheiden aus dem Feuerlöschverbande mit Forberge und Unterreußen betr.

Durch die Zusammenlegung der früheren Gemeinde Gröba und Riesa ist das Ausscheiden des nunmehrigen Stadtteiles Gröba aus dem obengenannten Feuerlöschverbande bedingt. Bei den mit den Gemeinden Forberge und Reußen gepflogenen Verhandlungen ist festgelegt worden, daß die Stadt Riesa den vorhandenen Verbandsfeuerwehrgeräteschuppen übernehme. Den beiden Gemeinden soll ein neuer Feuerwehrgeräteschuppen an einem noch zu bestimmenden Platze erbaut werden. Die Verbandsspritze mit 100 Meter Schlauch soll den Gemeinden Forberge und Reußen belassen werden, außerdem ein Strahlrohr und eine Anstell-Leiter. Die beiden Gemeinden haben sich jedoch an die Amtshauptmannschaft gewandt mit der Forderung, ihnen insbesondere eine größere Menge Schlauch zu belassen. Die Amtshauptmannschaft ist daraufhin beim Rate vorstellig geworden mit der Bitte, dem Ersuchen der beiden Verbandsgemeinden zu entsprechen. Der Feuerwehrausschuß hat jedoch vorgeschlagen, es bei dem ersteren Angebot zu belassen und die weitergehenden Ansprüche abzulehnen. Der Rat hat sich dem Vorschlage des Ausschusses angeschlossen. Auch das Kollegium trat dem Vorschlage einstimmig bei.

Wohnungsangelegenheit Turra betr.

In der letzten öffentlichen Stadtverordnetensitzung hatte bekanntlich Herr Stadtv. Rühling die Anfrage gestellt, ob Herr Stadtv. Turra zwei Wohnungen inne hat. Es war seinerzeit beschlossen worden, die Angelegenheit an den zuständigen Ausschuß zu verweisen. Das Ergebnis der Prüfung dieser Frage sollte in der nächsten (der gestrigen) Stadtverordnetensitzung bekannt gegeben werden. Herr Stadtv. Kitz (Soz.) war als Berichterstatter bestellt worden. Er brachte die Niederschriften der Beratungen des zuständigen Wohnungsvergebungsausschusses, sowie die übrigen amtlichen Unterlagen zur Verlesung und erklärte, daß auf Grund eingehender Prüfung einwandfrei festgestellt worden sei, daß Herr Stadtv. Turra nur im Besitze einer Wohnung (Siedlerheim) sei und daß die in Frage stehende Wohnung, Südstraße 22, nach rechtmäßiger Zuweisung seiner Mutter gehöre. Herr Stadtv. Horn (Soz.) ging nochmals auf die Behandlung der Angelegenheit in der letzten Stadtverordnetensitzung ein. Er kritisierte das Verhalten des Herrn Stadtv. Rühling und bemerkte, daß sowohl sachlich wie formell keine Veranlassung vorgelegen habe, die Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zur Sprache zu bringen, umsomehr, da die Sache bereits tags zuvor in der Sitzung des zuständigen Ausschusses zur Erörterung gestanden habe und dort die Vornahme einer genauen Prüfung angeregt worden sei. Redner erklärte, daß durch das Ergebnis der Untersuchung der Angelegenheit das Fraktionsmitglied Turra nicht herabgesetzt worden sei.

Bestellung der für das Jahr 1925/26 erforderlichen Särge und Sargausstattungen betr.

Einem Beschlusse des Bestattungsausschusses entsprechend hatte der Rat vorgeschlagen, für Beschaffung von 150 Särgen für Erwachsene und 50 Särgen für Kinder, sowie für 150 Ausstattungen für Särge Erwachsener und 50 dergleichen für Kindersärge die Summe von insgesamt 7350 M. einzusetzen unter der Bedingung, daß bei Abschluß des Vertrages mit der hiesigen Werkgenossenschaft für das Holzgewerbe 50 Prozent des Gesamtbetrages und die zweiten 50 Prozent nach Ablauf von vier Monaten gezahlt werden. Die Werkgenossenschaft hatte beantragt, 60 Prozent der Gesamtsumme bei Vertragsabschluß und die restlichen 40 Prozent nach 4 Monaten zu zahlen. Die Sargausstattungen sollen künftig in etwas besserer Ausführung wie bisher hergestellt werden. Die erforderliche Summe gegliedert sich in folgende Beträge:

150 Särge für Erwachsene	je M. 40 —	6000 M.
50 Särge für Kinder	je M. 11 —	550 M.
150 Sargausstattungen für Erw.	je M. 7 —	700 M.
50 Sargausstattungen für Kinder	je M. 2 —	100 M.
	zusammen	7350 M.

Das Kollegium genehmigte einstimmig die Anschaffung der Särge und der Sargausstattungen und bewilligte den obengenannten Betrag.

Verbesserung der Beleuchtung auf der Brückenstraße betr.

Zur Behebung der unzulänglichen Beleuchtung der Brückenstraße im Stadtteil Gröba hat der Rat beschlossen, die dort, sowie in den angrenzenden Straßenteilen befindlichen 8 Kandelaber mit Beleuchtungsauflägen versehen und 2 weitere Kandelaber mit kompletter Beleuchtungseinrichtung neu aufstellen zu lassen. Die Kosten hierfür sind mit insgesamt 400 Mark errechnet worden. — Herr Stadtv. Horn (Soz.) regte hierzu an, man könne gegebenenfalls dem Bedarfe durch Auswechselung einiger im Stadtbezirke aufgestellter zurzeit unbenutzter Kandelaber abhelfen. Es sei übrigens zu empfehlen, einmal eine zusammenfassende Aufstellung des Straßenbeleuchtungsbedarfs durch das städtische Betriebsamt anfertigen zu lassen, es könnten dadurch die einschlägigen Wünsche berücksichtigt werden. — Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider wies darauf hin, daß die städtische Straßenbeleuchtung jetzt fast wieder den Stand wie zu Friedenszeiten erreicht habe. Die Sonderwünsche würden natürlich nie verstummen. Begreiflicherweise müsse man sich aber auch jetzt noch eine angemessene Einschränkung auferlegen. Was man sich vor dem Kriege geleistet habe, könne ein Volk, das sich in Not befinde, selbstverständlich nicht durchführen. Der Rat habe sich vom Betriebsamt einen systematischen Plan aufstellen lassen und dieser werde auch vor Aufstellung des diesjährigen Haushaltplanes erneut geprüft werden. Vielleicht gelinge es, auch auf dem Gebiete der Straßenbeleuchtung wieder etwas zu erreichen. Jedenfalls werde der Rat der Anregung nachkommen. — Das Kollegium bewilligte sodann die Mittel für die oben bezeichnete Verbesserung der Straßenbeleuchtung.

Beschaffung eines zweiten Eisbehälters betr.

Bei dem seinerzeit beschlossenen Umbau des städtischen Schlachthofes war u. a. auch die Erneuerung des einen, bereits seit 30 Jahren im Betrieb befindlichen Eisbehälters mit vorgesehen worden. Bei der beabsichtigten Inangriffnahme des zweiten, etwa 15 Jahre im Betrieb befindlichen Eisbehälters hat sich herausgestellt, daß eine Reparatur desselben nicht angängig sei, sodaß die Neubeschaffung auch des zweiten Eisbehälters dringend notwendig sei. Das Kollegium erklärte sich mit der Beschaffung des zweiten neuen Eisbehälters einverstanden und bewilligte die erforderlichen Mittel, zu denen der Erlös des verkauften Altmaterials zugerechnet wird. Die Ausführung der Anlage erfolgt durch die Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G.

Gewährung von Darlehen zur Erhaltung der Altwohnungen betr.

Das Kollegium hatte bekanntlich in seiner Sitzung vom 6. Januar beschlossen, bedürftigen Hausbesitzern aus städtischen Mitteln Darlehen zur Erhaltung von Altwohnungen zu gewähren. Der Sparkassenausschuß hat nunmehr beschlossen, für diese Zwecke aus Sparkassenerträgen 20 000 Mark zur Verfügung zu stellen und hat in Vorschlag gebracht, 10 000 Mark in Beträgen von je 1000 Mark gegen hypothekarische Sicherheit auszuleihen und die übrigen 10 000 Mark in kleinen Posten als kurzfristige Darlehen gegen Bürgschaft der Stadt zu vergeben. Der Zinsfuß ist auf 10 Prozent festgesetzt worden. Der Rat hat diesem Vorschlage zugestimmt. Das Kollegium beschloß ebenfalls im Sinne des Vorschlages.

Neuwahl des Vorstehers für den 5. Bezirk, sowie der stellv. Vorsteherin für den 2. Bezirk.

Auf Vorschlag erklärte sich das Kollegium mit der Wiederwahl des Herrn Privatus Hermann Kühne als Vorsteher für den 5. Bezirk, sowie der Frau Meta verehel. Richter als stellv. Vorsteherin für den 2. Bezirk einverstanden.

Verschiedenes.

Es wurde zunächst Kenntnis genommen von der Einladung der Oberrealschule zu dem Liederabend des Schülerchors, ferner von zwei Eingaben, Wohnungsangelegenheiten betr. Diese wurden zur Erledigung dem Wohnungsvergebungsausschuß überwiesen.

Hiernach stand die eingangs des Berichts erwähnte

Eingabe der kommunistischen Fraktion

zur Beratung. Es wurde in dem Schreiben beantragt, die städtischen Arbeiter und die vorübergehend beim Rate beschäftigten Erwerbslosen nicht in Akkordlohn zu stellen, wie dies teilweise gegenwärtig der Fall sei, sondern sie nach den für die Gemeindearbeiter geltenden Tarifsätzen zu bezahlen. Der kommunistische Redner, Herr Stadtv. Bleier, bemängelte in Begründung des Antrages die mangelhafte Verdienstmöglichkeit, die den Erwerbslosen beispielsweise beim Steineklopfen, das nach Akkordlohn bezahlt werde, zugemutet werde. Es könne nicht zugegeben werden, daß einem Erwerbslosen, der an und für sich körperlich schon minderwertig sei, die ungewohnte schwere Arbeit des Steineklopfens in Akkordlohn abverlangt werde. Die Arbeiter seien bei solcher Bezahlung nicht imstande, den festgesetzten Mindestlohn zu erreichen. Redner führte des weiteren Beschwerde gegen das Verhalten des städtischen Straßenmeisters, durch dessen Verschulden die beteiligten Arbeiter an einem Lohntage nicht rechtzeitig in den Besitz ihres Lohnes gelangt seien. Die kommunistische Fraktion brachte sodann einen Zusatzantrag ein, in dem gefordert wurde, den Arbeitern, die durch die Akkordarbeit nicht auf den festgesetzten Stundenlohn gekommen seien, den erlittenen Lohnausfall nachzuzahlen. — Herr Stadtv. Schneider (Soz.) erklärte zu den Ausführungen seines Vorredners, man müsse zugeben, daß die vorgebrachten Anregungen nicht von der Hand zu weisen seien, es sei aber zweckmäßig, die Angelegenheit zur eingehenden Prüfung dem Bauausschuß zu übertragen. Er beantragte namens seiner Fraktion, die vorgetragenen Forderungen und Beschwerden dem Bauausschuß zu unterbreiten und diesen zu beauftragen, die Angelegenheit zu prüfen und sie noch im Laufe der Woche zu erledigen. — Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider bat, daß derartige Angelegenheiten doch rechtzeitig dem Rate unterbreitet werden möchten; man solle solche Sachen nicht aufschieben bis zur öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung; aber der Zweck dieses Handelns sei ja leicht erkennbar. Im übrigen sei es auch in anderen Städten ganz allgemein üblich, daß die erwähnten Arbeiten, die einen Zweig der produktiven Erwerbslosenfürsorge bildeten, in Akkordlohn ausgeführt würden. Immerhin könnten damit Härten verbunden sein, denen aber nach Befinden möglichst abgeholfen werden solle. Gegen etwaige Schikanen werde er energisch Front machen. Es müsse aber vor allem gefordert werden, daß von ähnlichen Vorkommnissen zunächst der Rat in Kenntnis gesetzt werde, damit diesem Gelegenheit gegeben werde, sofort Stellung dazu zu nehmen. — Herr Stadtv. Tröger (Bürgerl.) erklärte, daß auch die Rechte beantrage, die Angelegenheit zwecks Prüfung dem Bauausschusse zu überweisen. — Herr Stadtv. Beier (Soz.): Die städtischen Arbeiter haben ihren Betriebsrat. Man hätte bei diesem vorstellig werden müssen, damit er evtl. mit dem Personalausschuß Rücksprache nehme. Man habe die gesetzlichen Instanzen übergangen. Wir müssen es ablehnen, hier diese Frage zu erledigen. Der Stadt sowohl wie den beteiligten Arbeitern ist durch die Handlungsweise, wie sie die kommunistische Fraktion inszeniere, nicht geholfen. Es müsse in der Oeffentlichkeit einen eigenartigen Anschein erwecken, und dabei stehe unsere Stadt in der Fürsorgeaktion mit an erster Stelle. Die von der kommunistischen Fraktion eingebrachten Anträge seien Agitationsanträge, die keinen Zweck haben. — Gegen diese Vorwürfe verwahrte sich der kommunistische Stadtv. Herr Marx. Die Arbeiter seien von dem Betriebsratsvorsitzenden abgewiesen worden. — In seinem Schlußwort erklärte Herr Stadtv. Bleier (Komm.), nachdem er gründlich seinem Herzen Luft gemacht hatte, daß seine Fraktion mit der Verweisung des Antrags an den Bauausschuß einverstanden sei unter der Bedingung, daß beschlossen werde, sofort die Akkordarbeit einzustellen. Dies wurde gegen die 8 kommunistischen Stimmen abgelehnt. — An der weiteren Aussprache beteiligte sich zunächst Herr Stadtv. Schneider (Soz.). Er betonte, daß den beteiligten Arbeitern weit mehr gedient sei, wenn die Angelegenheit schleunigst durch den Bauausschuß geprüft werde. Es müsse auch das städtische Bauamt gehört werden. — Auch Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider wies nochmals darauf hin, daß die zuständigen Stellen Mittel und Wege finden werden, damit den Arbeitern die ihnen zustehende Hilfe zuteil werde. Der Vorwurf des Herrn Stadtv. Bleier, daß sich die Stadt durch die Beschäftigung der Erwerbslosen bereichern wolle, sei eine Phrase. — Herr Stadtv. Schinkel (Bürgerl.) regte an, doch zunächst bei den einzelnen Arbeitern vielleicht eine Woche Lohnarbeit einzuführen und danach gegebenenfalls nach Akkordarbeit zu bezahlen. — Herr Stadtv. Turra (Soz.) war der Meinung, daß das Steinschlagen für Ungewohnte eine zu schwere Arbeit sei, man könne sich aber damit beruhigen, daß der Bauausschuß die Angelegenheit im Sinne der Beteiligten regeln werde. — Nach einem kurzen persönlichen Wortgeplänkel zwischen den beiden Herren Stadtv. Beier (Soz.) und Bleier (Komm.) war die ergiebige Aussprache erschöpft. Der Antrag, die Angelegenheit dem Bauausschuß zur schleunigen Prüfung zu überweisen, wurde schließlich gegen die 8 kommunistischen Stimmen angenommen.

Das Plakatwesen in der Stadt Riesa betr.

Herr Stadtv. Kitz (Soz.) wies auf das im Stadtbezirk bestehende unzulängliche Plakatwesen hin. Der Mißstand trete bei Wahlkämpfen ganz besonders hervor, wie anläßlich der am Sonntag stattgefundenen Reichspräsidentenwahl habe beobachtet werden können. Die verschiedenen Plakate seien in rechtswidriger Weise abgerissen oder überklebt worden und es sei ein großes Maß von Rücksicht nötig, diesem Treiben stattzugeben. Nach Meinung des Herrn Kitz seien diese Zustände von gegnerischer Seite hervorgerufen worden, es hätten auch einige Beamte des Rates mitgeholfen und ein Polizeibeamter habe diesem Treiben, ohne einzuschreiten, stattgegeben. Man brauche sich nicht zu wundern, wenn es bei späteren ähnlichen Vorkommnissen zu Zusammenstößen komme. Es müßte deshalb dringend gefordert werden, daß das Plakatwesen geregelt werde. — Herr Erster Bürgermeister Dr. Scheider bemerkte hierzu, daß ein Ortsgesetz, durch welches das Plakatwesen geregelt werde, in Arbeit sei. Das Plakatwesen werde künftig in städtische Verwaltung übernommen werden. Von der Stadt seien bereits fünf neue Plakattafeln angebracht worden, die aber den Bedürfnissen noch nicht genügten. Es sei natürlich sehr zu mißbilligen, Plakate abzureißen, ein derartiger Unfug müsse aufs schärfste gerügt werden. Er (Redner) könne aber nicht glauben, daß sich, wie Herr Stadtv. Kitz behauptet habe, städtische Beamte beteiligt hätten, es könne sich höchstens um jugendliche Leute, die beim Rate beschäftigt seien, aber sich noch nicht in Beamtenstellung befänden, handeln. Er bittet, die Beteiligten namhaft zu machen. Auch der betreffende Polizeibeamte werde zurechtzuweisen sein, wenn er seine Pflicht nicht getan habe. — Entgegen der Behauptung des Herrn Stadtv. Kitz stellte Herr Stadtv. Beier fest, daß es sich in dem erwähnten Falle um einen jugendlichen städtischen Angestellten handele. — Das Kollegium nahm Kenntnis davon, daß die Angelegenheit in der Niederschrift aufgenommen werde.

Damit erreichte die öffentliche Sitzung gegen 8 Uhr ihr Ende. Es schloß sich eine nichtöffentliche Sitzung an.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 1. April 1925.

—* Bismarck-Feier. Auf den heute von 8 Uhr ab stattfindenden Vaterländischen Abend, von der Ortsgruppe Riesa des Alldeutschen Verbandes aus Anlaß des Geburtstages des Altreichskanzlers Bismarck veranstaltet, sei auch an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht. — Vor dieser Feier veranstaltet die Bezirksgruppe Riesa des „Stahlhelm" gemeinsam mit dem Jungdeutschen Orden und dem Jungsturm Riesa sowie auswärtigen Stahlhelmortsgruppen einen Fackelzug, der um 7 Uhr auf dem Altmarkt beginnt.

—* Treuer Mieter. Heute vollendeten sich 25 Jahre, seitdem Herr Kaufmann Reinhold Thomas (in Fa. Thomas u. Sohn) seine Wohnung im Grundstücke Rosenplatz 2 (Cafe Grube) inne hat.

—* Abschieds- und Einweisungsfeier in der Handelsschule Riesa. Gestern früh ½9 Uhr versammelte sich Lehrer- und Schülerschaft zu einer schlichten und ernsten Feier im Festraume der Schule. Nach vierhändigem Klaviervortrag der Ouvertüre zu Meyerbeer's „Hugenotten" ergriff Herr Studiendirektor Oehme das Wort, um zunächst Herrn Studienassessor Albert Bertram aus Dresden, der als Lehrkraft für mathematische und naturwissenschaftliche Fächer an der Ostern ds. Js. neuzuerrichtenden Höheren Abteilung tätig sein wird, in sein Amt einzuweisen und zu verpflichten. Dreistimmiger Chor unter der bewährten Leitung des Herrn Studienrat Lehmann begrüßte den neueingewiesenen Lehrer mit dem Lied: „Glückauf zur fröhlichen Fahrt". — Darnach ergriff Herr Studiendirektor Oehme nochmals das Wort, um den an die Technische Hochschule zu Danzig als Assistent der wirtschaftswissenschaftlichen Lehrfächer berufenen Herrn Handelsoberlehrer Dr. Kleips mit herzlichen Worten der Anerkennung und des Dankes für der Schule in Treue geleistete Dienste zu verabschieden. Nach Vortrag der beiden dreistimmigen Lieder „An die Nacht" und „In stiller Nacht", verabschiedete sich Herr Dr. Kleips mit ermahnenden Worten an die Schülerschaft, indem er hinwies, daß es unter dem Streben nach beruflicher Vervollkommnung auch gelte, sittlich stark zu sein. Mit dem Comitat fand die Feier ihren Abschluß.

—* Die Schulferien für das Schuljahr 1925/26 wurden vom Ministerium für Volksbildung wie folgt festgesetzt:

Osterferien vom 1. 4. bis mit 15. 4. (Unterrichtsbeginn also am 16. April. Der Unterricht an der hiesigen Berufsschule beginnt bereits am 15. April früh),
Pfingstferien vom 30. 5. bis mit 6. 6.,
Sommerferien vom 11. 7. bis mit 17. 8. (Unterrichtsbeginn an den Riesaer Volksschulen bereits eine Woche früher, also am 11. August),
Herbstferien vom 25. 9. bis mit 3. 10. (Unterrichtsbeginn an den Riesaer Volksschulen eine Woche später),
Weihnachtsferien vom 23. 12. 25 bis mit 6. 1. 1926.

— Die Aufnahme der Neulinge erfolgt an den hiesigen Volksschulen am 16. April. Stunde wird noch bekanntgemacht.